

len, dann haben sie nach der Auffassung Hindenburgs auch die Verpflichtung, eine Mehrheit zu schaffen.

4. Die Schwierigkeiten würden selbstverständlich in dem Programm liegen, das, wie der amtliche Bericht sagt, ein „einheitliches Arbeitsprogramm“ sein soll. Während beim Zentrum die Geneigtheit vorhanden ist, die letzten Notverordnungen in der Hauptsache bestehen zu lassen, hat gerade die nationalsozialistische Plattform ihre Befestigung gefordert. Wenn beispielsweise die Deutsche Volkspartei bereitwillig an einem großzügigen Arbeitsbeschaffungsprogramm mitwirken würde, so ist sie doch nicht einverstanden, Hitlers Pläne auf Schaffung einer Binnenmarkt mitzumachen, weil damit die ganze Währungspolitik des Reiches in schwerste Gefahr gebracht würde.

5. Wenn Hitler die ihm gestellte Aufgabe übernahm, begab er sich auf den Weg der Kompromisse, denn er konnte keinesfalls annehmen, daß die anderen Parteien sich einfach seinem Programm beugen würden. Belehnte er die Aufgabe ab, so gab er zu, daß es aussichtslos ist, mit seinen eigenen Forderungen eine ausreichende Mehrheit im Reichstag zu schaffen. Dann aber gewinnt der Reichspräsident und die öffentliche Meinung die Überzeugung, daß alle Behauptungen von der angeblich vorhandenen parlamentarischen Mehrheit nichts als Hebensarten sind. Dann würde offensichtlich, daß die Regierungsführung durch ein präsidiales, von den Parteien unabhängiges Kabinett nicht einen Akt der Willkür, nicht das Werk einer politischen Gruppe darstellt, sondern die einzig mögliche Form der Staatsführung im jetzigen Augenblick.

Die rheinischen Sozialdemokraten drohen dem Zentrum Köln, 21. Nov. Das Hauptorgan der rheinischen Sozialdemokratie, die „Rheinische Zeitung“, schreibt in einem längeren Warnung an das Zentrum. Die Sozialdemokratie ist wachsam und zum schärfsten Kampf entschlossen“ überschriebenen Leitartikel: Bindet sich jetzt die Zentrumspartei an die Hitler-Bewegung im Widerspruch zu allem, was sie bisher getan und publiziert hat, dann wird die Sozialdemokratie des Rheinlandes im Bunde mit den freien Gewerkschaften und der ganzen republikanischen Bevölkerung einen Angriffskampf gegen das Zentrum eröffnen, der ohne Rücksicht und ohne Schonung geführt werden muß.

Die W.P. zur Lage

München, 21. Nov. Die amtliche Korrespondenz der Bayerischen Volkspartei schreibt, es frage sich, ob unter der Führung Hitlers der Gedanke der nationalen Konzentration sich vernünftigerweise verwirklichen lasse. Es bedürfte reichlicher Überlegung, ob die W.P. es auf sich nehmen könne, allerdings unter ganz bestimmten Bedingungen, der Bestellung einer Regierung Hitler nicht zu widersprechen. Diese Bedingungen müßten dahin gehen, daß ein verfassungsmäßiges Weiterregieren garantiert und die Aufsichtung einer nationalsozialistischen Parteibürokratie unter allen Umständen unmöglich gemacht werde. Die W.P. könne keinen Finger für eine Regierung rühren, die sich nicht einwandfrei verpflichte, die Rechte der Länder zu achten und eine Reichsreform zu betreiben, die den Ländern das zurückgebe, was sie zur Aufrechterhaltung eines bundesstaatlichen Lebens bräuchten. Unmöglich könne die W.P. zustimmen, daß nicht nur die Führung der Reichsgeschäfte, sondern auch der preussischen Geschäfte in die Hand der NSDAP. gelegt werde. Sollte Hitler den Kanzlerposten übernehmen wollen, so wäre auch die Kenntnis des übrigen Arbeitsprogramms notwendig, ehe man die Frage einer möglichen Unterstützung oder Duldung einer Regierung Hitlers beantworten könne.

Der Völkerbundsrat tagt in Genf

Genf, 21. November. Die seit September unterbrochene 69. Tagung des Völkerbundesrats ist heute vormittag unter dem Vorsitz des irischen Premierministers de Valera wiederaufgenommen worden.

Für Deutschland ist Reichsaußenminister Freiherr v. Neurath, für England Sir John Simon, für Frankreich Paul-Boncour und für Italien Alessi am Kaiserlich erschienen. Für Polen ist zum ersten Male der neue Außenminister Besz annelend. Japan ist durch den eigens zu den Genfer Verhandlungen entsandten Vertreter Masuoka und den Pariser Botschafter Nagaoaka vertreten, die japanische Regierung durch den früheren Außenminister Wellington Koo und den Gehobenen Pen. Auf Einladung des Völkerbundesrates sind die fünf Mitglieder des Lyttton-Ausschusses, darunter auch das deutsche Mitglied Gouverneur a. D. Schnee, im Sitzungssaal anwesend.

Die Eröffnungssitzung trägt den Charakter einer großen historischen Tagung. Der Saal und die Diplomaten- und Pressetribünen sind überfüllt. Die Verhandlungen sind von der allgemeinen Auffassung beherrscht, daß das Schicksal des japanisch-amerikanischen Streites von entscheidender Bedeutung für die Weiterentwicklung in der Weltwirtschaft ist. Man weiß, daß die japanische Regierung ohne eine ihren Wünschen entsprechende Regelung der mandchurischen Frage jede Beteiligung an einem Abrüstungsabkommen ablehnen wird und daß damit die Lösung der Mottenfrage im Rahmen der Abrüstungskonferenz für die Vereinigten Staaten und die englische Regierung unmöglich gemacht wird. Darüber hinaus hängt auch das Schicksal der Weltwirtschaftskonferenz, das eng mit der Lösung der Abrüstungsfrage verbunden ist, letzten Endes von einer sofortigen beschließenden Lösung der mandchurischen Frage ab. Außerdem würde ein Austritt Japans, mit dem im Falle erfolgreicher Verhandlungen des Rates allgemein gerechnet wird, den Völkerbund tödlich treffen.

Die Verhandlungen über den Mandchurenkonflikt begannen mit einer Darstellung des Völkerbundespräsidenten über die Entstehung und die Bedeutung des Lyttton-Berichts. In einer 15minütigen Rede entwickelte Johann Masuoka, Japan, die bekannten Gedankenfänge der am Sonntag veröffentlichten japanischen Denkschrift zum Lyttton-Bericht. Er suchte nachzuweisen, daß die Schaffung des mandchurischen Staates die einzig denkbare Lösung der mandchurischen Frage sei. Besonders Gewicht legte er diesmal darauf, daß das japanische Vorgehen keineswegs einseitig in der Weltgeschichte dastünde. Verantwortlich seien China und die un-

Heze in Paris

Gewissenlose Anschuldigungen nach dem „Attentat“ von Nantes

Der vereitelte Anschlag auf den Zug Herriots

Paris, 21. Nov. Wie der „Populaire“ berichtet, sind von den sieben wegen des Anschlages auf den Zug Herriots verhafteten Personen vier Mitglieder einer bretonischen Geheimgesellschaft. Unter ihnen befindet sich eine junge Studentin, die den Beinamen „Die rote Jungfrau“ führt und von der auch im Zusammenhang mit dem Denkmalsattentat in Rennes die Rede gewesen ist. Die Vernehmung dauerte den ganzen Sonntag über an. Ihr Ergebnis ist noch nicht bekannt.

Paris, 21. Nov. Die Erklärungen, die Ministerpräsident Herriot am Sonntag im Zusammenhang mit dem Eisenbahnanschlag bei Nantes abgegeben hat, und in denen er in gewissem Sinne Deutschland für das Verbrechen verantwortlich macht, werden von der gesamten Pariser Morgenpresse mit um so größerer Genugtuung wiedergegeben, als die Unterstellungen bisher zu keinerlei Ergebnissen kamen. Obgleich diese Erklärungen jedoch in direktem Widerspruch zu den Tatsachen stehen, da man selbst amtlicherseits der Auffassung ist, daß es sich weniger um einen Anschlag auf das Leben Herriots als um eine wenn auch geschmacklose und gefährliche Kundgebung autonomistischer oder kommunistischer Kreise handelt, bekräftigen es besonders die Rechtsblätter, endlich einen von höchster Stelle bezeichneten Sündenbock gefunden zu haben.

Zu der Erklärung Herriots anlässlich des misglückten Eisenbahnattentats, daß nationalsozialistische Elemente ihre Hand bei dem Anschlagen in der Bretagne im Spiel hätten, protestiert der „Börsliche Beobachter“ in schärfer Weise gegen den Versuch, die NSDAP. mit dem Anschlag auf den Zug Herriots in Verbindung zu bringen. Die Nationalsozialisten lehnten solche Gewaltstreiche durchaus ab.

Eine deutsche Beschwerde

Der deutsche Botschafter in Paris ist telegraphisch beauftragt worden, dem französischen Ministerpräsidenten zum Mißlingen des Anschlages Glückwünsche zum Ausdruck zu bringen. Der Botschafter wird bei dieser Gelegenheit ferner seinem Befremden darüber Ausdruck geben, daß der Anschlag in der französischen Presse mit

hängige Regierung Uhangsufschlag. Japan habe weder die Welterbundslösung, noch den Neunmächtevertrag, noch den Kellogg-Pakt verlegt.

Die Aussprache des Völkerbundesrates über den Lytttonbericht wurde am Nachmittag fortgesetzt.

Scharfe japanische Abgabe an den Völkerbund

Genf, 21. November. Der Vertreter der japanischen Regierung im Völkerbundesrat Masuoka hat in einer aufsehenerregenden scharfen Erklärung die Stellung Japans zum Völkerbund festgelegt. Die japanische Regierung habe den mandchurischen Konflikt nicht vor den Völkerbund gebracht: 1. weil das Nationalgeheimnis Japans eine höhere Einmischung in die Mandchureifrage niemals zugelassen hätte, 2. weil die mit dem Völkerbundsverfahren verbundenen Fristen die Stellung der japanischen Staatsangehörigen einschließlich der Koreaner in der Mandchurei auf schwerste gefährdet hätten, 3. weil die japanische Mentalität sich wesentlich von der westlichen Mentalität unterscheide, und weil 4. nach dem Eintreten des Bruches die Ereignisse einen normalen Verlauf genommen hätten.

In dieser Erklärung sieht man hier eine uneingeschränkte Abgabe Japans an den Völkerbund und die Betonung, daß die japanische Regierung die Oberhoheit und Zuständigkeit des Völkerbundes für die Regelung der mandchurischen Frage nicht anerkennt.

Neurath und Simon verhandeln in Genf

Amerika für Fünf-Mächte-Konferenz Genf, 21. November. Heute nachmittag hat eine erste einseitige Unterredung zwischen dem deutschen und dem englischen Außenminister stattgefunden. Von französischer Seite ist bisher noch kein Schritt in der Richtung einer Einmischung in die jetzt begonnenen diplomatischen Besprechungen über die Gleichberechtigungsnfrage unternommen worden. In maßgebenden amerikanischen Kreisen wird jetzt ein erhöhtes Interesse an einer baldigen Regelung der Gleichberechtigungsnfrage gezeigt.

Insgesondere auf amerikanischer Seite wird jetzt der ursprüngliche Gedanke eines Zusammentritts der fünf Großmächte — England, Deutschland, Frankreich, Italien und die Vereinigten Staaten — zur endgültigen Regelung der Gleichberechtigungsnfrage wieder in den Vordergrund gerückt.

Es wird hierbei geltend gemacht, daß die bisherige Behandlung dieser Frage ausweglos erscheint, da auf der einen Seite die deutsche Regierung ihre Rückkehr in die Abrüstungskonferenz von der grundsätzlichen Anerkennung der deutschen Gleichberechtigungsnfrage abhängig macht, während die französische Regierung eine Entscheidung über die praktischen militärpolitischen Folgen einer solchen Anerkennung zunächst geklärt wissen will. Aus dieser außerordentlich schwierigen diplomatischen Lage bietet sich nach englisch-amerikanischer Auffassung nur der Ausweg engerer Verhandlungen zwischen den fünf Hauptmächten.

Nach französischen Mitteilungen beabsichtigt Ministerpräsident Herriot, Mittwoch früh in Genf für einen kürzeren Aufenthalt einzutreffen, um an den jetzt begonnenen diplomatischen Verhandlungen persönlich teilzunehmen.

Hohe Zuchthausstrafen im Altonaer Sprengstoffprozeß

Altona, 21. Nov. Nach mehrstündiger Verhandlung fällt heute das Sondergericht seine Entscheidung in dem Prozeß gegen die wegen der Schleswig-Holsteinischen Bombenanschläge angeklagten Nationalsozialisten. Der Hauptangeklagte, Staatsanwalter und Mitglied des Reich-

• einem deutschen nationalsozialistischen Korrespondenten in Verbindung gebracht worden ist.

Der Anschlag nur eine Warnung?

Paris, 21. Nov. Die Zeitung „Paris Mède“ berichtet, daß sie schon im Sommer gelegentlich des Denkmalsanschlages in Rennes einen Schreibmaschinenbrief mit der Unterschrift Wenn Du Du erhalten habe, in dem mit der Zerstörung des Monuments gedroht worden sei. Gestern habe die Zeitung einen auf altem Papier geschriebenen und mit der Zeichen Unterschrift versehenen Brief erhalten, in dem der Anschlag auf den Zug, in dem Herriot von Paris nach Nantes fuhr, angeklagt und betont worden sei, die Bretonen würden alle Vorsichtsmaßnahmen ergreifen, damit aus dem Anschlag kein Unglück entstehe. Es handele sich nur um eine Geste, die aber den leitenden Männern Frankreichs beweisen sollte, daß die Bretonen entschlossen seien, sich nicht mehr ungestraft beleidigen zu lassen. Die Staatsmänner Frankreichs würden in der Bretagne erst am dem Tage willkommen sein, an dem sie den Bretonen die Freiheit wiedergäben, auf die sie Anspruch hätten.

Theatralische Rede Herriots

Das „Journal“ gibt eine ausführliche Darstellung der Ausführungen Herriots in Nantes. Nach einer Hinweis auf die Bedeutung Briands habe Herriot über den Frieden gesprochen. Dieser sprechend habe Herriot dann hinzugefügt, leider seien die Umstände nicht immer günstig. Frankreich stehe im Mittelpunkt von Mächten, die ihm nicht so helfen, wie sie ihm helfen könnten. Und in kaum noch hörbarer Stimme habe er dann hinzugefügt, als Regierungschef könne er nicht mehr jagen. Sich plötzlich aufrichtend, betonte Herriot dann mit lauter Stimme sein Vertrauen in die Zukunft. Mit der Faust auf den Tisch schlagend habe er betont, er übernehme die Verpflichtung, mit allen Mitteln zwei große Ideen zu verteidigen, die Friedensidee einer Ausöhnung aller Völker, aber auch die Idee Frankreichs, das genug schwere Opfer bewilligt habe, um das Recht zu haben, innerhalb dieser allgemeinen Ausöhnung seinen Platz einzunehmen.

tages M o b e r, wurde zu 6 1/2 Jahren Zuchthaus verurteilt, der Angeklagte Grezsch zu 6 Jahren Zuchthaus, Straßmann zu 5 Jahren und Blaehn zu 5 1/2 Jahren Zuchthaus. Acht Angeklagte erhielten je 1 1/2 Jahre Zuchthaus. Zehn Angeklagte erhielten Gefängnisstrafen von ein bis neun Monaten, elf Angeklagte wurden freigesprochen.

Politische Schiefererei

Dortmund, 22. Nov. Am Sonntagabend kam es, wie erst jetzt bekannt wird, in einer Wirtschaft im Stadtteil Deusen zu einem Wortwechsel zwischen zwei Nationalsozialisten und zwei Sozialdemokraten. Wütend zog ein Nationalsozialist eine Pistole und gab auf die Gegner zwei Schüsse ab, wodurch der eine einen Bauch- und der andere einen Kopfstreife erhielt. Der Täter wurde von der Polizei festgenommen; er leugnet jedoch, die Schüsse abgegeben zu haben.

Vor den Besprechungen Roosevelts mit Hoover

Washington, 21. Nov. Staatssekretär Stimson hat mit seinem Referenten während des Wochenendes an einem Memorandum über die Weltwirtschaftskonferenz gearbeitet, das morgen Roosevelt bei dessen Unterredung mit Präsident Hoover vorgelegt werden soll. Schatzsekretär Mills hatte lange Besprechungen mit Präsident Hoover, der, wie verlautet, nach wie vor geneigt sein soll, dem Kongress die Ernennung einer Kommission zur erneuten Prüfung der Zahlungsfähigkeit der einzelnen Schuldnerstaaten zu empfehlen. Allgemein abgelehnt wird eine Gleichstellung von England und Frankreich. Man ist hier überzeugt, daß die französische Nation, die während der kritischen Periode der Vereinigten Staaten Gold in großen Mengen aus Amerika herauszog, die Schuldnerrate leicht bezahlen könne, während man zugibt, daß der mit England vereinbarte Zinsfuß unverhältnismäßig hoch ist und eine ungerechte Härte gegenüber England darstellt.

Rückgang des Fleischverbrauchs

Berlin, 21. Nov. Nach den Berechnungen der Fleischerverbandszeitung, die das Blatt auf Grund der amtlichen Ergebnisse der Zucht- und Fleischbeschau in den ersten neun Monaten des Jahres 1932 angestellt hat, ist der Fleischverbrauch im dritten Vierteljahr gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres um 10 Prozent zurückgegangen.

Austritt der Nahrungsmittelbetriebe aus der Hauptgemeinschaft

Berlin, 21. Nov. Der Reichverband Deutscher Nahrungsmittelbetriebe e. V., Berlin, hat seinen sofortigen Austritt aus der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels erklärt.

Fünf Millionen unterschlagen

Dasseldorf, 21. Nov. Nach Mitteilungen von ausländischer Stelle dürfte sich der Schaden, den der vermehrte D-Dant-Direktor Söfker seinem Institut durch Veruntreuungen zugefügt hat, auf etwa fünf Millionen RM. belaufen. Söfkers Aufenthalt ist noch immer unbekannt.